Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 637. **Freitag** den 14. December 1894. **88. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Donnerstag, den 27. December d. Js. sollen die im **Forstrevier Connewitz**, Abtg. 33b, 36b und 37ab aufbereiteten **Nutz- und Brennhölzer**, als:

I. von Vormittags 9 Uhr an
ca. 25 Rmtr. **Eichen-Nutzscheite I und II. Classe** und
" 145 " **Eichen-**
" 1 " **Rüstern-**
" 8 " **Ulmen- und** } **Brennscheite und**
" 8 " **Pappeln-**

II. von Vormittags 10 Uhr an
ca. 120 **Haufen harter Abraum** und
" 45 " **hartes Schlagreisig (Langhaufen)**

unter den auf dem Holzschlage aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der **Elsterkuthrinne** oberhalb des **Schleußiger Weges** und an der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 12. December 1894.

Des Raths Forst-Deputation.

Sparcasse in der Parochie Schönefeld zu Leipzig-Reudnitz, Grenzstraße 3.

Der Zinsenberechnung und des Bücherabschlusses halber bleibt die Expedition unserer Sparcasse vom **17. bis 31. December 1894 für alle Ein- und Rückzahlungen auf Sparbücher geschlossen.** Vom 2. Januar 1895 an ist die Expedition wieder für den regelmäßigen Geschäftsverkehr geöffnet.

Leipzig-Reudnitz, 27. November 1894.

Robert Liebert, Director.

Die städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.

Leipzig, den 10. Januar 1894.

Die Sparcassen-Deputation.

Die Weihe des Hauses.

Unter dem vorstehenden Titel veröffentlicht E. H. (Prof. Dr. Ernst Hasse) in den „Alldeutschen Blättern" folgenden Artikel, der in weiten Kreisen uneingeschränkte Zustimmung finden wird:

Der stolze Bau, der nach dem kühnen Entwurfe Wallot's in der mühsamen Arbeit eines Jahrzehnts durch tausende fleißiger und kunstgeübter Hände vor den Thoren der Reichshauptstadt, dieser den Rücken kehrend und hinausblickend nach dem deutschen Wald, erstanden ist, er beherbergt seit wenigen Tagen die Vertreter des Volkes, die dort über dessen Geschicke zu Rathe sitzen sollen. Aus den bescheidenen, aber behaglichen Räumen in der Leipziger Straße sind sie hinübergezogen nach den hohen und luftigen, weiten und schönen Hallen am Königsplatz.

Entspricht dieser Aufschwung in den äußeren Verhältnissen nun aber auch der gesteigerten Bedeutung des Reichstages im Innern und der Hebung seines Ansehens nach außen?

Leider können wir diese Frage nicht mit einem freudigen Ja beantworten.

Die Art wenigstens, wie die Weihe des Hauses am 5. December erfolgte, läßt die Nichtübereinstimmung der inneren und äußeren Verhältnisse tief empfinden.

„Dem deutschen Volke" — diese Inschrift sollte das Giebelfeld über dem Haupteingange erhalten. Sie fehlt. Warum? Doch wohl kaum deshalb, weil sie in ihrer Vollständigkeit hätte lauten müssen: „Das deutsche Volk — dem deutschen Volke".

Der Bauherr war doch das deutsche Volk, und sein Verwalter war und wird der Reichstag sein.

So wie der Kaiser zur Eröffnung des Reichstages die Volksboten vor seinen Thron nach seinem kaiserlichen und königlichen Schloß entbietet, so hätten der Kaiser und die Bundesfürsten von dem Präsidenten des Reichstags zu der Weihe des Hauses geladen werden sollen. Welches Fest wäre mehr als dieses dazu geeignet gewesen, ein nationales und volksthümliches zu werden? Und was haben wir erlebt? Ein höfisch-militairisches Schauspiel, das mit dem Empfange des Kaisers durch den Präsidenten v. Levetzow in der Uniform eines Majors der Landwehr begann und mit dem Vorbeimarsch einer Ehrencompagnie vor ihrem obersten Kriegsherrn vor der Thür des Hauses abschloß.

Warum waren die anderen Bundesfürsten des deutschen Reiches nicht geladen, deren Wappen fast in Ueberfülle in und an dem Hause vertreten sind, deren persönliche Anwesenheit aber den Bundescharakter des Reiches doch noch besser veranschaulicht hätte, und von denen viele doch auch thatsächlich und persönlich Säulen unseres Reichsbaues sind?

Statt der zu den Hammerschlägen befohlenen commandirenden Generäle, statt des großen militairischen Gefolges hätten wir lieber die noch lebenden Reichsboten anwesend gesehen, die seit Begründung des Reiches an dessen Bau betheiligt gewesen waren.

Sehr schöne, aber doch lateinische Worte waren es, mit denen der Kaiser am ersten Tage und der Präsident des Hauses am zweiten Festtage die Weihe vollzogen. Wird die deutsche Sprache noch immer nicht für werth erachtet, auch den feierlichsten Empfindungen würdevollen Ausdruck zu verleihen?

Und warum sonst noch so manches beredte Schweigen? Waren die beiden Baumeister Bismarck und Wallot wirklich an der Sache so wenig betheiligt, daß am 5. December ihre Namen nicht von Amtswegen genannt zu werden brauchten? Allerdings war es eines der erfreulichsten Merkmale der umfänglichen Festordnung, daß dem Fürsten von Bismarck, Herzog zu Lauenburg, die erste Stelle nach den königl. Prinzen und vor allen Ministern des neuesten Curses eingeräumt worden war. Ein trauriges Geschick hat ihn von dem Feste fern gehalten und uns um die Freude gebracht, ihm persönlich und nicht nur dem steinernen Lindwurmtödter über der Hauptthür des Hauses zuzujubeln.

Auch dem Baumeister Wallot ist ja nachträglich am zweiten Festtage durch den Präsidenten von Levetzow sein Recht geworden. Der Beifall, den die warmen Worte von Levetzow's fanden, zeigte, wie allseitig die Pflicht empfunden wurde, Wallot's Namen rühmend und dankend zu nennen und anzuerkennen, daß der Bau nicht nur ein Ergebniß deutschen Fleißes, sondern auch ein Denkmal deutscher Kunst und deutschen Geistes ist.

Die warme vaterländische Stimmung, die mit der schönen Eröffnungsrede Levetzow's am 6. December in die Räume des Prachtbaus einzog, wurde leider schnell getrübt durch einen peinlichen Zwischenfall, in dem die Socialdemokratie sich auch diesmal als den Geist zeigte, der stets verneint.

Einige Vertreter des Umsturzes konnten bei dem auf Se. Majestät den Kaiser ausgebrachten Hoch den Ausgang nicht mehr gewinnen. Sie blieben sitzen. Aber nicht genug mit dieser stummen Kundgebung. Sie hatten die Frechheit, sie auch zu begründen und sich hierbei als die wahren Dolmetscher der Meinung des deutschen Volkes hinzustellen.

Möge die Festigkeit und die Würde, mit der der Präsident unter dem erschütternden Beifall des Hauses dieses Gebahren als unvereinbar mit den Sitten deutscher Männer bezeichnete, vorbildlich werden für die Einmüthigkeit, mit der die Vertreter der wahren Meinung des deutschen Volkes neue Schranken zum Schutze der Monarchie, des Staates, der Gesellschaft, der Religion und deutschen Sitte gegen vaterlandslose Umsturzgelüste aufrichten sollen.

Aber nicht Kampf um des Kampfes willen: durch Sieg zum Frieden!

Unter kriegerischen und feindseligen Wahrzeichen ist die Weihe des Hauses erfolgt.

Möchte es kommenden Geschlechtern nur zu Kundgebungen des Friedens dienen, des Friedens nach außen und auch innen, vor Allem aber des Friedens der Deutschen unter einander!

Deutsches Reich.

□ **Berlin,** 13. December. Der Verein der Brauereien von Berlin und der Umgegend hat die im Banne der Socialdemokratie befindlichen Brauereiarbeiter hinsichtlich des Arbeitsnachweises kalt gestellt und mit den ihm nicht feindlich gesinnten Brauern ein Statut über einen in Kurzem zu errichtenden Arbeitsnachweis beschlossen, das auch die Zustimmung einer Versammlung von Brauergesellen gefunden hat. Das Statut bestimmt im Wesentlichen Folgendes: Der Arbeitsnachweis untersteht einem Curatorium, welches aus 4 Arbeitgebern, 2 Brauergesellen und 2 anderen Arbeitnehmern gebildet wird. Den Vorsitz im Curatorium führt ein auf drei Jahre gewählter Obmann. Der Leiter des Arbeitsnachweises, der weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein darf, wird vom Curatorium ernannt. Die Eintragung in die Listen des Arbeitsnachweises erfolgt ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung. Die Brauereien haben sich das Recht der freien Auswahl unter den in den Arbeitsnachweis eingetragenen Arbeitnehmern ausbedungen. Ebenso sind die Arbeitsuchenden berechtigt, die Annahme einer Anstellung in dem Betriebe, dem sie vom Leiter des Arbeitsnachweises zugewiesen werden, abzulehnen. Gründe für die Ablehnung brauchen die Brauereien nicht anzugeben. Auf das Verlangen eines Arbeitnehmers, der angiebt, wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung, oder wegen seiner Thätigkeit für eine solche zurückgewiesen worden zu sein, tritt das Schiedsgericht (Curatorium) in Function, das seine Entscheidung nach freiem Ermessen fällt, und der sich beide Theile zu unterwerfen haben. Die Brauereien können im Laufe eines Betriebsjahres ohne Benutzung des Arbeitsnachweises eine Anzahl von Arbeitnehmern einstellen. Diese Anzahl wird nach dem Personalbestande des unmittelbar vorhergehenden Betriebsjahres berechnet und beträgt a. bei Brauereien, welche weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigt haben, auf je 5 Arbeitnehmer einen Arbeitnehmer; b. bei Brauereien, welche mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigt haben, auf die ersten 20 vier Arbeitnehmer und für jede weiter beschäftigten 10 Arbeitnehmer je einen; c. bei Brauereien, welche mehr als 100 Arbeitnehmer beschäftigt haben, für die ersten 100 Arbeitnehmer 12 und für jede folgenden 20 Arbeitnehmer je einen Arbeitnehmer. Die Kosten der Unterhaltung des Arbeitsnachweises werden vom Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend bestritten.

* **Berlin,** 13. December. Die Reise des Reichskanzlers nach Süddeutschland hat zwar eine harmlose officiöse Auslegung gefunden, trotzdem blieb es auffällig, daß der Reichskanzler mit dem Könige von Württemberg nicht zusammentraf, während er dem Prinzregenten von Bayern, dem Großherzoge von Baden und dem Könige von Sachsen seinen Besuch abstattete. Die „Köln. Volksztg." kommt jetzt wieder auf die Spannung zwischen Berlin und Stuttgart zurück und stellt fest, was übrigens auch Niemand behauptet hatte, daß diese Spannung mit der Person des Reichskanzlers nichts zu thun habe. Es handele sich vielmehr um eine Lockerung der Beziehungen zwischen den Souveränen, die anläßlich einer Meinungsverschiedenheit über militairische Fragen bei den letzten Kaisermanövern entstanden sei. Weiter heißt es in der Auslassung:

„Sehr bemerkt wurde hier die Gesflissentlichkeit, mit der anläßlich der jüngsten Fahnen-Nagelung in Stuttgart der König von Württemberg als „oberster Kriegsherr" bezeichnet wurde. Der Zusammenhang ist kaum zu verkennen. Amtlich wird zwar — wie alle Spannungen zwischen allerhöchsten Personen — die wahre Lage der Dinge bestritten, indessen sind doch über diese Thatsachen schon zu viele Einzelheiten, selbst in weiteren Kreisen, verbreitet, als daß die Ableugnungsversuche Erfolg haben könnten. Selbst die gewechselten Worte sind nicht unbekannt geblieben."

Wir müssen unentschieden lassen, wie weit diese Mittheilungen den Thatsachen entsprechen, bemerken aber, daß der König von Württemberg bei den Kaisermanövern in Westpreußen plötzlich erkrankte und deshalb an den interessantesten Tagen den Manövern fern blieb.

* **Berlin,** 13. December. Auf einige Bemerkungen des Abgeordneten Richter hat der Staatssecretair v. Boetticher Veranlassung genommen, die Vorgänge der letzten Wochen kurz zu besprechen. Allerdings ist er mit seiner Erwiderung dem Kern der Frage meist ausgewichen, und nur in der Zurückweisung der Behauptung, daß Graf Eulenburg „Aeußerungen gethan oder Perspectiven entwickelt habe, die auf einen Staatsstreich hinauswollten", lauten die Erklärungen einigermaßen bestimmt. Dabei sind auch einige Rückblicke in die Vergangenheit gethan und die Frage, wer die verantwortliche Gegenzeichnung der Entlassungsordres der Reichskanzler zu übernehmen habe, aufs Neue berührt worden, ohne daß für sie eine befriedigende Lösung gewonnen wäre. Herr v. Boetticher hat bestätigt, daß er als Stellvertreter des Reichskanzlers die Ernennung, sowie die Entlassung des Grafen Caprivi gegengezeichnet habe. Dasselbe sei bei der Ordre geschehen, die die Ernennung des Fürsten Hohenlohe aussprach. Dagegen sei er von der Pflicht, die Ordre gegenzuzeichnen, durch die Fürst Bismarck von seinem Amte enthoben wurde, aus besonderen Gründen entbunden worden. Diese Ordre habe die Gegenzeichnung des Grafen Caprivi erhalten. Die Thatsache selbst ist schon früher erwähnt und neuerdings durch die Mittheilung der Entlassungsordre in dem letzten Bande der von Dr. Kohl herausgegebenen Bismarckreden festgestellt worden. Die staatsrechtliche Frage aber bleibt noch ungelöst, wie der Nachfolger eines Reichskanzlers, dessen Ernennung doch erst perfect wird in dem Augenblicke, wo das Amtsverhältniß seines Vorgängers in rechtlich verbindlicher Weise gelöst ist, die Gegenzeichnung der Entlassungsordre übernehmen konnte.

B. **Berlin,** 13. December. (Privattelegramm.) Das **Cultusministerium** hat von den öffentlichen Krankenhäusern Bericht über die Wirksamkeit des Diphtherie-Heilserums eingefordert.

B. **Berlin,** 13. December. (Privattelegramm.) Wie die „Berl. Börsen-Ztg." erfährt, trifft Oberpräsident **von Heunigsen,** der durch die Anwesenheit des Kaisers in Hannover von den Berathungen im Reichstag fern gehalten wurde, heute Abend hier ein. Sollte die Etatsdebatte heute noch nicht zu Ende gehen, so wird, wie man annimmt, Herr von Heunigsen morgen sprechen. Andernfalls wird er bei der Berathung der Umsturzvorlage das Wort ergreifen.

— Die „Berl. N. N." können bestätigen, daß der Reichskanzler vom Antritt seines Amtes an die Absicht hatte, den Fürsten Bismarck zu besuchen, und daß nur in Folge des Ablebens der Fürstin bis jetzt diese Absicht nicht ausgeführt werden konnte.

— Die „Freis. Ztg." schreibt: „Die Aeußerung des Fürsten Hohenlohe zu dem Strafantrag des Staatsanwalts, über welche wir berichteten, wird seitens der „Nat.-Ztg." in Zweifel gezogen. Unsere Nachricht ist aber durchaus authentisch. Fürst Hohenlohe hat thatsächlich in Unterredungen mit Reichstagsabgeordneten erklärt, daß er sich formell für verpflichtet gehalten habe, den Antrag des Staatsanwalts dem Reichstag zu übermitteln. Fürst Hohenlohe wollte dadurch zu erkennen geben, daß er, wie der Abg. Rickert es ausdrückte, nur den Briefträger zwischen dem Staatsanwalt und dem Reichstag abgegeben habe."

— Auch die „Kreuzzeitung" mißbilligt die beantragte Strafverfolgung des Abg. Liebknecht, indem sie ausführt: „Es giebt doch noch andere Mittel, um hier wirksam einzugreifen, deren Anwendung mit keinem Verfassungsartikel in Widerspruch stände: die Ausschließung der die Ehrfurcht der kaiserlichen Majestät verletzenden Mitglieder, bis sie Abbitte leisten. Das würde wirken, ohne die Herren mit der „Glorioole des Märtyrerthums" zu umgeben und ohne zu Zuständigkeitsstreitigkeiten zu führen, die, wenn möglich, zu vermeiden sind, weil sie die auf dem vaterländischen und monarchischen Boden stehenden Parteien spalten können, während die grundsätzlichen Gegner sich in der Verneinung leicht zusammenfinden."

— „Mit Behagen" — so schreibt der „Vorwärts" — werden die „Genossen" von folgender Mittheilung Kenntniß nehmen:

„Eine Durchsuchung nach socialdemokratischen Schriften ist, wie wir infolge äußerst strenger Geheimhaltung des Vorfalles erst nachträglich erfahren, am 30. v. M. in der Caserne des 1. Eisenbahn-Regiments zu Schöneberg vorgenommen worden. Gegen 11 Uhr Vormittags wurden auf Befehl des Regimentscommandeurs sämmtliche Mannschaften des ersten Bataillons plötzlich alarmirt und mußten im Casernenhof antreten. Hier wurde ihnen eröffnet, daß ihre Stuben durchsucht werden würden. Es hätten am Tage vorher einige Bauhandwerker an den Casernengebäuden Ausbesserungen vorgenommen und es liege der Verdacht vor, daß jene vor dem Verlassen der Caserne einigen Leuten socialdemokratische Schriften gegeben hätten. Inzwischen waren die Mannschaftsstuben des ersten Bataillons abgeschlossen worden, worauf nun die Leute je einzeln in dieselben zurückgeführt wurden, um dort ihre Spinde, Betten und sonstige Sachen den revidirenden Officieren vorzulegen. Diese Revision dauerte bis Nachmittags 4 Uhr und hatte das Ergebniß, daß in der That bei einem der Soldaten, wie vermuthet worden, socialdemokratische Schriften sich vorfanden, welche derselbe von einem der oben erwähnten Handwerker erhalten hat."

— Die Commission für die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich setzte in den Sitzungen vom 3., 4. und 7. December die Berathung der Vorschriften über die Verfügung von Todeswegen durch Vertrag (§. 1940—1963) fort. Die Berathung wandte sich sodann dem früher zurückgestellten §. 1913 über gemeinschaftliche Testamente zu.

— Die preußischen Behörden sind dem Vernehmen nach angewiesen worden, über die Entwickelung der Volksbibliotheken und die Verbreitung „guter" Zeitungslectüre in der ländlichen Arbeiterbevölkerung Ermittelungen anzustellen.

— Aus westpreußischen Lehrerkreisen ist angeregt worden, eine Audienz beim Kaiser nachzusuchen, um dabei auf die Nothwendigkeit eines Besoldungsgesetzes für Volksschullehrer hinzuweisen. Der Vorstand des preußischen Landeslehrervereins ist bereits ersucht worden, baldigst den preußischen Lehrertag einzuberufen und dann eine Audienz beim Kaiser nachzusuchen.

— Der bisherige Bezirkshauptmann von Tabora in der Landschaft Unyamwesi, Sigl, ist bekanntlich nach der Küste zurückgekehrt. Der Befehlshaber der Garnison von Tabora, Premier-Lieutenant v. Bothmer, ist bei einem Kampfe mit den Wahehe in Ugogo gefallen, und über die Verhältnisse in Unyamwesi herrscht hier volle Ungewißheit. Nunmehr ist, wie nach der „N. Pr. Ztg." verlautet, der bisherige Bezirkshauptmann von Dar-es-Salaam, Leue, an die Spitze von Tabora berufen worden. Leue gehört zu unseren ältesten und erfahrensten Afrikanern; hoffentlich trennt man nicht wieder die Posten des Bezirksamtmanns und des Truppen-Befehlshabers.

— Der deutsche Consul in Bukarest, Kiliani, ist zur Dienstleistung in das auswärtige Amt berufen worden; er wird, wie die „Nr.-Ztg" hört, in der politischen Abtheilung bei den Preßangelegenheiten beschäftigt, da der zum Vice-Consul ernannte Assessor Gabriel in den auswärtigen Consulardienst eintreten soll.

-?- **Hamburg,** 13. December. (Privattelegramm.) Die „Hamburger Nachrichten" enthalten abermals einen Leitartikel über die Umsturzvorlage, der durch besonderen Druck ausgezeichnet ist. Der Artikel giebt die oft schon ausgedrückte Ansicht wieder, daß die Socialdemokratie nur durch ein Ausnahmegesetz zu bekämpfen sei, und schließt: „Der Kampf um diese bisherigen Besitzthümer der menschlichen Gesellschaft ist eben keine theoretische, er ist einfach eine Machtfrage, eine Frage, ob es den socialdemokratischen Führern, Verführern und Rednern, die das Blaue vom Himmel versprechen, ohne ihre Verheißungen je wahr machen zu können, gelingt, eine staatsgefährliche Macht unter ihre Fahnen zu sammeln oder nicht. In dieser Ueberzeugung sind wir der Meinung, daß die neueste Umsturzvorlage zwar ein dankenswerther Fortschritt im Vergleiche mit der früheren parlamentarischen Kampfgenossenschaft zwischen Regierung und Socialdemokratie kennzeichnet, und daß es beklagenswerth sein würde, wenn durch theoretische Gegnerschaft die Staatsregierung im Reichstage auf dem neu beschrittenen Wege entmuthigt würde. Wir wagen auch nicht zu hoffen, daß sich im Reichstage, so wie er heute zusammengesetzt ist, das Maß von Initiative und Energie finden werde, welches erforderlich sein würde, die bisherige gemeinrechtliche staatliche Vorlage auf eine praktische Richtung gegen die Socialdemokratie zu concentriren; wir haben nur unserer Ansicht über dieselbe im Hinblick auf die Möglichkeiten, welche die Zeit bringen kann, Ausdruck geben wollen." (Theilweise wiederholt.)

* **Braunschweig,** 12. December. Schon seit Mai dieses Jahres dauert der von der hiesigen Socialdemokratie gegen die Bierbrauereien verhängte Ausstand, und noch ist kein Ende abzusehen. Vor einigen Tagen traten Vertreter der Arbeiter mit dem Verein Braunschweiger Brauereien in Berathung, um zu erwägen, unter welchen Umständen eine Einigung erzielt werden könnte. Die daben von den Arbeitern gestellte Forderung, es sollten die zur Zeit noch ausgesperrten „Genossen" wieder in ihr früheres Arbeitsverhältniß eintreten dürfen, worauf die Aufhebung des Boycotts würde erfolgen können, wurde von den Vertretern der Brauereien mit getheilten Empfindungen aufgenommen; sie erklärten schließlich, ein endgiltiges Versprechen nicht abgeben zu können; es wurde aber die Wiedereinstellung der noch ausgesperrten Brauer, nachdem vorher der Bierboycott endgiltig aufgehoben sein werde, in Aussicht gestellt. Am gestrigen Abend hatte nun die höchste Instanz der Arbeiter, die allgemeine Volksversammlung, über die Sache zu entscheiden. Die Versammlung war von mehreren Tausend Personen besucht und beschloß Fortdauer des Boycotts! Allerdings war diesmal schon eine ziemliche Anzahl von „Genossen" entgegengesetzter Ansicht, aber von einem Durchdringen dieser konnte für jetzt noch keine Rede sein. Der Ausstand selbst hat kaum noch etwas auf sich. Das sagen sich auch die Vertreter der vereinigten Brauereien. (B. Z.)

□ **Frankfurt a. O.,** 12. December. Vom Landgericht wurde der Redacteur der socialdemokratischen „Volksstimme", Zappay, wegen Aufreizung zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt.

* **Saarbrücken,** 12. December. In den Kreisen Saarbrücken, Ottweiler und St. Wendel sind nunmehr die bergmännischen Casinos und zum größten Theile auch die bergmännischen Consumvereine eingegangen. Diese waren bekanntlich in der Streikzeit meistens von Socialdemokraten ins Leben gerufen worden, doch haben die Bergleute bald selbst eingesehen, was für Einrichtungen diese Casinos und Consumvereine waren und traten nach und nach aus. Viele Vorstandsmitglieder der verkrachten Consumvereine sind wegen schlechter Buchführung gerichtlich bestraft worden.

* **Karlsruhe,** 12. December. Obschon das Unwohlsein des Großherzogs sich gebessert hat, ist das Abhalten der üblichen Audienz abgesagt worden.

* **Mülhausen i. E.,** 12. December. Zur Niederlage der socialdemokratischen Kreistags-Candidaten Bueh und Doepler, die nach der ersten Wahl die Eidesleistung verweigerten, wird dem „Hambg. Corr." geschrieben:

„Es ist dies die bedeutendste Wahlniederlage, die die elsaß-lothringischen Socialdemokraten seit einem Jahrzehnt erlitten haben und noch dazu in Mülhausen, dem Centrum ihres Besitzstandes. Wenn auch die politische Bedeutung des Kreistages keine große ist, so ist die Niederlage doch sehr empfindlich. Bei der ersten Wahl waren gegen 1000 Stimmen mehr für die Socialisten abgegeben worden als diesmal, wo sie wenig über 3000 erhielten. Die Stimmenthaltung war allerdings eine beträchtliche und die beiden Gegencandidaten haben keine große numerische Ueberlegenheit erhalten, aber dennoch könnte dieser Wahlausgang leicht von weittragender Bedeutung werden. Er hat nämlich eine doppelte Ursache. Einmal haben sich sämmtliche Ordnungsparteien in Mülhausen vereinigt gegen die Socialdemokratie: Clericale, Liberale und der alldeutsche Kaiserverein gingen diesmal an einem Strang, und wie sich gezeigt hat, mit Erfolg. Für kommende Reichstags- und Gemeinderathswahlen wird man hoffentlich die gleiche Einmüthigkeit beweisen. Was den Wahlsieg diesmal wesentlich erleichtert hat, war ferner die Uneinigkeit der Socialdemokraten selbst. Die Eidesverweigerung hat anscheinend die Partei gespalten, und die Wahl hat gezeigt, daß ein großer Theil nicht auf Seite der Eidesverweigerer gestanden hat."

* **Stuttgart,** 12. December. Württemberg führt nach Vereinbarung mit den übrigen süddeutschen Staaten vom 1. Mai 1895 ab die vollständige Sonntagsruhe im Eisenbahngüterverkehr ein, mit Ausnahme einiger nothwendiger Beschränkungen. (F. Z.)

* **München,** 12. December. Die zur Reorganisation des Landwirthschaftlichen Vereins in Bayern gewählte Commission hält seit Montag Sitzungen ab, an denen auch der Minister des Innern theilnimmt. Bei diesen Berathungen handelt es sich, sicherem Vernehmen der „A. Z." nach, in der Hauptsache um eine Verstärkung der Bezirks-